



Mauern,
Menschen, Mut



„Es ist eine Abschottung mit System!“ Für die Teilnehmer:innen der Multiplikatoren- und Begegnungsreise nach Athen und Lesbos war es eine bedrückende Erfahrung, die sie beim europäischen Grenzregime in Griechenland machten. Eine eindrückliche Schilderung der Reise finden Sie auf den Seiten 12 und 13.



Autor:innen für Sonntagsimpulse gesucht!

Gemeinschaft im Gebet ermöglichen der pax christi-Bewegung und weit darüber hinaus die allwöchentlichen SONNTAGS-IMPULSE. Dieses schöne Netz möchten wir auch im nächsten Jahr weiterspinnen.

Wir laden herzlich dazu ein, als Impulsgeber:in und Autor:in aktiv zu werden.

Wer mag die eigenen Ideen einbringen und sich am Schreiben der Sonntagsimpulse beteiligen?

Wer eine kurze Email an sekretariat@paxchristi.de schreibt, erhält am 12. Januar 2023 eine Email mit der Bitte, sich für einen bestimmten Sonntag im ersten Halbjahr 2023 einzutragen.

Bei Fragen, rufen Sie uns auch gerne an!

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Annette Rausch **Gesamtherstellung** Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de
Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 01_2023: 13.01.2023

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

je eine israelische und eine palästinensische Sicht auf das Leben mit der Mauer, die die beiden trennt, eröffnet dieses Heft. Mit dem Schwerpunkt: Mauern, Menschen, Mut – schließt die pax_zeit den diesjährigen Fokus auf die Inhalte der Veranstaltungen, die die pax christi-Kommissionen für den Katholikentag in Stuttgart vorbereitet hatten.

„Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten“ – diesen Titel trägt der Beschluss der Delegiertenversammlung zum Krieg gegen die Ukraine, den wir auf den Seiten 16/17 dokumentieren. Georg Kesting berichtet über die intensiven Debatten auf der Versammlung in Fulda am 21. – 23. Oktober und wie es gelungen ist, die gemeinsame Linie klar zu benennen, aber auch den unterschiedlichen Analysen und Meinungen in der pax christi-Bewegung Raum zu geben.

Auf der Delegiertenversammlung erschien am Samstagabend eine ganz besondere Ausgabe der pax_zeit, nämlich *steffis_zeit* in einer Auflagenhöhe von zwei Exemplaren (davon eins für's Archiv). Stefanie Wahl hat im September ihr Amt als Bundesvorsitzende niedergelegt, weil Beruf und Familie sich nicht auch noch mit diesem umfangreichen Ehrenamt vereinbaren lassen. Wer die Worte und Bilder des Dankes und der Erinnerung nachlesen möchte, findet das Heft online im Mitgliederbereich auf paxchristi.de

Als Bundesvorsitzende hat Stefanie Wahl dem Frieden ein kompetentes Gesicht gegeben – auch von der pax_zeit-Redaktion noch einmal ein fettes **DANKE** dafür!

Danken möchte ich auch Ihnen für ein engagiertes Jahr voller harter Herausforderungen für die Friedensarbeit und voller mutiger Aktionen und Ideen. Danke für Ihr Lesen der pax_zeit und für so manche Anregung!

Mit Vorfreude auf den pax_zeit-Jahrgang 2023 grüßt

Christine Hoffmann



Inhalt

Nahost

4 „Gebirge der Finsternis“

Michael Sappir

6 Leben mit der Mauer

Fadi Quran

8 Wie ist die Mauer völkerrechtlich einzuordnen?

Muriel Asseburg

Erinnerung

10 Gemeinsam erinnern

Reiner Besse, Peter Müller-Gewiss

Migration

12 Im Schatten der Aufmerksamkeit

Tim Thiessen

Delegiertenversammlung

14 „Im Krieg den Frieden vorbereiten“

Georg Kesting

16 Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten

pax christi-Delegiertenversammlung

Ukraine

18 Auswirkungen des Ukraine-Krieges

Clemens Ronnefeldt

Sektion

20 Unterwegs zum pax christi-Kongress

Diözesanverbände im Profil

21 Der mit dem Mantel zerbricht das Schwert

Odilo Metzler

Kommissionen im Profil

22 Kommission Nahost im Profil

Glaube Perspektive

23 Jeder kleine Friedensbeitrag verändert

Bischof Peter Kohlgraf



Foto: Annette Rausch

Am 2. Oktober, dem Internationalen Tag der Gewaltfreiheit, präsentierten der pax christi-Bundvorsitzende Gerold König und der pax christi Geistliche Beirat Klaus Hagedorn unter dem Brandenburger Tor wichtige Gedanken zur Gewaltfreiheit. Texte von Gandhi, Erich Fromm und Bertolt Brecht wurden verlesen und die Berliner Saxophonistin Marion Schwan machte Musik dazu. pax christi setzte damit ein Zeichen für die Notwendigkeit, sich nicht an Gewalt zu gewöhnen, sondern selbst in der Welt so zu sein, wie wir sie uns wünschen.

Israelische Perspektive

„Gebirge der Finsternis“

In Israel ist die Unterstützung der Apartheid die Position der Moderaten

Michael Sappir

Der thematische Schwerpunkt dieser pax_zeit greift die Vorträge auf, die bei der Veranstaltung „Mauern, Menschen, Mut“ auf dem Katholikentag in Stuttgart gehalten worden sind. Veranstalter war die pax christi-Nahostkommission.

Im Hebräischen gibt es eine schöne Redewendung: me'ever le-hararei hachoschekh, wörtlich „jenseits des Gebirges der Finsternis“, was „in fernen Ländern“ bedeutet. Sie wird oft ironisch verwendet, um über die Parallelwelt zu sprechen, die eine halbe Autostunde vom Zentrum Tel Avivs entfernt ist. Es scheint also, dass die Mauer ihre Aufgabe erfüllt: Die Mauer ist das „Gebirge der Finsternis“, das unsere eigene militärische Besatzung in ein fernes Land verwandelt, einen Ort, der nichts mit uns zu tun hat, einen Ort, den wir ganz vergessen können.

Dank der Mauer können wir Israelis ein anderes Volk gewaltsam enteignen und kontrollieren, ohne die Konsequenzen zu tragen: den unvermeidlichen Widerstand. Aber wie wir auch in letzter Zeit immer wieder gesehen haben, ist das nicht möglich: Auf die eine oder andere Weise kommt unsere Gewalt auf uns zurück.

Trennung und Frieden

Als ich ein Kind war, bevor die Mauer gebaut wurde, habe ich geglaubt, dass wir eine große Mauer brauchen. In jenen Jahren war es schwer, die Besatzung zu ignorieren, weil die Angriffe des palästinensischen Widerstands unser tägliches Leben in Israel beeinflussten. Ich erinnere mich an die Angst

in jenen Jahren. Wie ich mit dem Bus zur Schule fuhr und fürchtete, dass er als Nächstes bombardiert wird ... Wie ich vor jedem im Bus Angst hatte, der ein bisschen arabisch aussah ... Ich wünschte mir nur, dass diese Gefahr aus meinem Leben verschwinden würde. Dass sie sich von meiner Welt trennen ließe.

Ich war nicht der Einzige. Es gab eine israelische „Friedensbewegung“, die in den Neunzigerjahren eine Zeit lang sehr groß war, und meine Eltern gehörten ihr ebenfalls an. Und das war es, was diese Friedensbewegung vorschlug: Trennung als Rezept für „Frieden“: „Wir bleiben hier, sie bleiben dort.“ „Zwei Staaten für zwei Nationen.“

Die Bedeutung von Trennung

Das Wort für Trennung im Hebräischen ist hafrada. Das Wort für Trennung auf Afrikaans ist Apartheid. Israelische Politiker:innen nennen die Mauer im Westjordanland „Sicherheitsbarriere“ oder „Trennungsaun“. Ich bevorzuge die Bezeichnung „Apartheidsmauer“. Sie macht deutlich, was „Trennung“ wirklich bedeutet.

Der Staat Israel begann 2002 mit dem Bau der Mauer, aber die Trennung war schon immer Teil seiner Funktionsweise. Trennung bedeutet, dass es „jüdische Städte“ und „arabische Städte“, „jüdische Schulen“ und „arabische Schulen“ gibt. Gleich nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 wurden die arabischen Städte unter Kriegsrecht gestellt und die arabischen Schulen von der Geheimpolizei, dem Shin Bet,



kontrolliert. Kurz vor der Eroberung des Westjordanlands und des Gazastreifens durch das israelische Militär im Jahr 1967 wurden diese Herrschaftssysteme gelockert, in den besetzten Gebieten wurde dann aber das gleiche Kriegsrecht und die gleiche geheimpolizeiliche Kontrolle angewandt.

Die Luft, die wir atmen

Die Idee der Trennung als Lösung für die Gewalt wird in der israelischen Politik nicht als extrem angesehen. Die Extremist:innen fordern viel schlimmere „Lösungen“. Unter dem Slogan der „jüdischen Souveränität“ rufen sie dazu auf, noch mehr Palästinenser:innen zu vertreiben und alle zu töten, die sich wehren.

Sie werden lauter und mächtiger denn je. Ihre Wortführer:innen sind inzwischen regelmäßig zu Gast in politischen Talkshows. Sie haben Vertreter:innen in der Knesset, dem israelischen Parlament, und eine kürzlich durchgeführte Umfrage ergab, dass ihre Partei fast 12 Prozent der Sitze erhält. Sie sind mit dem Likud, der größten rechten Partei, verbündet, und es besteht eine gute Chance, dass sie bald gemeinsam eine Regierung bilden werden.

Währenddessen fordern die Moderaten, die sogenannte zionistische „Linke“, weiter eine Trennung. In einem System, das auf ethnische Säuberung und Trennung fußt, fordern die Moderaten mehr Trennung, während die Extremist:innen zu weiterer ethnischer Säuberung aufrufen. Und gemeinsam fordern sie, dass die Welt unsere „Sicherheit“ unterstützt.

Jenseits der Parolen

Trennung, Souveränität, Sicherheit ... All diese Parolen laufen auf eines hinaus: Wir leben auf einem Land, das wir einem anderen Volk mit tödlicher Gewalt weggenommen haben, einem Volk, das wir täglich mit tödlicher Gewalt unter Kontrolle zu halten versuchen – und wir wollen dies tun, ohne im Gegenzug irgendeine Gewalt zu erfahren.

Als ich ein Kind war, glaubte ich, die Lösung sei so einfach wie eine große Mauer. Tragischerweise ist sie nicht so einfach. Es hilft auch nicht, dass die Mauer sich durch palästinensisches Land schlängelt, nicht um die israelische Sicherheit zu maximieren, sondern um die Landnahme zu maximieren.

Aber auch eine bessere Mauer würde das Problem nicht lösen. Letztlich leben unsere beiden Völker in einem Land zusammen, und es gibt keine Möglichkeit, uns durch eine Mauer sauber zu trennen, wie ich es mir als Kind vorgestellt habe. Und kein noch so starkes Wunschdenken, keine noch so vielen Waffen und keine noch so großen Mauern werden ein besetztes Volk dazu bringen, aufzugeben und einen Status zweiter Klasse in seinem eigenen Land zu akzeptieren.

Michael Sappir ist in Westjerusalem in Israel aufgewachsen und ist als junger Erwachsener nach Leipzig gezogen. Er leitet dort die Redaktion der linken Studentenzeitung critica.



Palästinensische Perspektive

Leben mit der Mauer

Drei palästinensische Schicksale

Fadi Quran

Zur Kirche und zu Deutschland habe ich eine besondere Beziehung. In der Nähe des Hauses, in dem ich in Al-Bireh in der Nähe von Jerusalem lebe, steht eine alte Kreuzfahrerkerche. Sie wurde hier gebaut, weil es heißt, dass der junge Jesus sich hier auf dem Weg von Nazareth nach Jerusalem von seinen Eltern losgemacht und mit den Kindern von Al-Bireh gebetet hat. Und mein Onkel hat in Deutschland studiert und war in Leipzig, als die Mauer in Berlin fiel. Er hat ein paar Mauerstücke mitgebracht – mit ihnen und den Geschichten um den Mauerfall bin ich aufgewachsen. Während ich diese Geschichten hörte, wurde in Palästina die Apartheid-Mauer gebaut. Die Mauer verschlingt 16,8 Prozent des palästinensischen Territoriums. Auf Deutschland übertragen wäre das eine Fläche von der Größe Bayerns (ca. 11 Prozent des Landes sind durch die Mauer abgetrennt und ca. 6 Prozent werden für den Mauerbau gebraucht. Anm. d. Red.).

Fayess und Muna Abtanid

Fayess und Muna Abtanid sind Bauern. Durch den Bau der Mauer blieb ihnen nur ein Drittel ihres landwirtschaftlich genutzten Landes, das der Familie seit über 500 Jahren gehört hatte. Es ist eine wunderschöne, fruchtbare Gegend. Auf der anderen Seite der Mauer vergrößerte die israelische Regierung Siedlungen und eine Industriezone. In Chemieanlagen wird hier Plastik produziert. Durch den Bau der Mauer verloren Fayess und Muna nicht nur den Großteil ihres Landes – sie können jetzt auch nicht mehr die Qualität ihrer organisch angebauten Produkte garantieren.

Ähnliches geschieht Tausenden palästinensischen Bäuer:innen. Manchen wurde ihr ganzes Land weggenommen. Viele Bäuer:innen, deren Einkommen von Oliven- oder Apfelbäumen abhängt, können nur einmal im Jahr durch die Mauer zu ihrem Land gelangen – mit einer Genehmigung des israelischen Militärs. Darüber hinaus werden fast täglich irgendwo Olivenbäume für die Ausweitung von Siedlungen abgeholzt. Die Weltbank spricht von Millionen Dollar Verlusten für die Landwirtschaft in Palästina.

Laut aktueller Statistiken ist die Arbeitslosigkeit durch den Bau der Mauer nicht gestiegen. Durch die Enteignungen wurden zwar viele arbeitslos, da Israel in den Siedlungen aber billige Arbeitskräfte braucht, sind viele gezwungen, dort als Billigarbeiter:innen zu arbeiten. So ist die Beschäftigungsrate zwar gestiegen, aber die Würde, das Einkommen und die Lebensqualität haben sich für die Menschen verschlechtert.

Tarek

Mein Freund Tarek ist Touristenführer in Bethlehem. Da in dieser Gegend fast jede Ecke ein touristischer Ort ist, war eine Haupteinnahmequelle hier schon immer der Tourismus. Durch den Bau der Mauer, die Bethlehem nahezu ganz umgibt, ist der Tourismus kollabiert. Die Tourist:innen übernachten in Hotels in Jerusalem, geben ihr Geld meist in israelischen Läden aus und werden von israelischen Reiseunternehmen zur Mauer gebracht. Tarek holt die Leute dort ab, zeigt ihnen die Geburtskirche und andere Stätten und dann verlassen sie



Bethlehem wieder. Die Zerstörung des Tourismus in Palästina ist eine zweite Konsequenz der Mauer.

Aber es geht nicht nur um den Tourismus. Viele palästinensische Familien wurden durch die Mauer getrennt, wie zum Beispiel die Journalistin Abu Akleh, eine katholische Palästinenserin, die kürzlich von israelischen Soldaten ermordet wurde. Sie ist aus Jerusalem, aber ihre Familie kommt ursprünglich aus Bethlehem. Diese Familien können sich nicht besuchen, weil ein Teil in Bethlehem und ein Teil in Jerusalem lebt.

Abdullah

Die Mauer zerstört auch die innerpalästinensische Wirtschaft. Durch sie werden palästinensische Gemeinden voneinander getrennt, der Handel untereinander ist zusammengebrochen. Mein Freund Abdullah lebt mit seiner Familie in Bethanien auf Pope Mountain. Seit Jahrhunderten haben sie ihre Tiere im Jordantal und in der Gegend von Jerusalem geweidet und davon gelebt. Heute ist das Land ummauert und sie können ihre Schafe und Ziegen nicht mehr zu den Weideplätzen bringen. 80 Prozent ihrer Lebensgrundlage mussten sie verkaufen. Der Käse aus dieser Gegend war einer der besten und die Leute kamen von überall her, um diesen Käse zu kaufen. Durch die Mauer sind diese Märkte geschrumpft. Abdallah und seine Kinder müssen jetzt in Adumin, einer Siedlung in der Nähe, als Billigarbeiter im Baubereich ihr Geld verdienen. Auf Land, das ursprünglich ihr Weideland war.

Die Beispiele zeigen, dass es hier nicht nur um Einzelne, sondern um Zehntausende Familien geht, Menschen, die ein Leben in Würde leben wollen, und für ihre Kinder eine bessere Zukunft wünschen. Die Mauer zerstört alle Hoffnungen. Führende Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, B'tselem u. a. haben dokumentiert, dass die Mauer nur ein Teil einer umfassenden Struktur ist, die dazu dient, das palästinensische Volk zu dominieren. Die Analyse der rechtlichen Situation zeigt, dass die Mauer in Verbindung mit den getrennten Straßen und den Checkpoints dazu dient, die Menschen einzusperren, Palästinenser:innen der Militärgesetzgebung zu unterwerfen und von politischen Aktionen fernzuhalten. Dies ist ein Verbrechen an der Menschheit und wird nach dem Rom-Statut des Internationalen Gerichtshofs Apartheid genannt. Das ist die rechtliche Definition.

Fadi Quran ist Aktivist und Unternehmer im Bereich erneuerbare Energien aus Al-Bireh im Westjordanland. Er berichtete beim Katholikentag in Stuttgart auf dem Podium „Mauern, Menschen, Mut – Menschen aus Israel und Palästina berichten“ über die Auswirkungen der Mauer auf den Lebensalltag der Palästinenser:innen.

Völkerrechtliche Perspektive

Wie ist die Mauer völkerrechtlich einzuordnen?

Wie wird sie international bewertet?

Muriel Asseburg

In manchen Diskussionen ist es außerordentlich hilfreich, kompakt Fakten parat zu haben. Wenn diese Fakten dann auch noch von einer Institution kommen, die als seriöser gilt als frau/man selbst – umso besser. Der folgende Text ist genau dazu geeignet, stammt er doch von einer leitenden Mitarbeiterin einer Institution, die sich selbst so beschreibt: „Wir beraten auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik bzw. der internationalen und Europapolitik. In diesen Themenfeldern sind wir einer der größten Think-Tanks Europas. Aufgabe der SWP ist es, vor allem den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung zu beraten, ferner richten wir unsere Angebote an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in für Deutschland wichtigen internationalen Organisationen wie EU, NATO und die Vereinten Nationen.“



Foto: Martin Pilgram

1. Wie ist die Mauer völkerrechtlich einzuordnen?

Für die völkerrechtliche Bewertung maßgeblich ist das Rechtsgutachten (Advisory Opinion) des Internationalen Gerichtshofes (IGH) vom 9. Juli 2004; dieses hält fest:

- Der Bau der Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten ist völkerrechtswidrig; der Bau muss sofort gestoppt werden, bereits errichtete Teile abgebaut und eine Entschädigung für erlittene Einbußen/Schäden geleistet werden.
- Außerdem fordern der IGH, die UNO-Generalversammlung und der Sicherheitsrat dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die illegale Situation zu beenden, die durch den Bau der Mauer und das damit zusammenhängende Regime (also die Einschränkungen für die palästinensische Bevölkerung, u. a. durch Enteignungen und Zugangsbeschränkungen) entstanden ist.

Drei Hauptpunkte des Gutachtens

- Durch den Verlauf der Mauer kommt es zur de-facto-Annexion von Territorium;
- der Verlauf ist auf den Schutz von völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen ausgerichtet;

- der Verlauf bringt die Enteignung von palästinensischen Ländereien und Eigentum sowie den erschwerten Zugang zu Dienstleistungen, Ressourcen, etc. für die palästinensische Bevölkerung mit sich.

Argumentation des Gutachtens

- Der Verlauf der Mauer ließe sich nicht durch Sicherheitsgründe rechtfertigen, sondern sei politisch motiviert: 80 Prozent der Siedler:innen in der West Bank lebten zwischen Mauer und Grüner Linie, in der sog. ‚Seam Zone‘; die Mauer könnte daher eine Grenzziehung vorwegnehmen und impliziert de-facto-Annexion sowie eine Veränderung der Demografie in den besetzten Gebieten.
- Israel habe das Recht bzw. die Pflicht, seine eigene Bevölkerung zu schützen, aber nicht durch völkerrechtswidrige Maßnahmen; Israel habe kein Recht auf Selbstverteidigung gegenüber einem Gebiet, das es selbst kontrolliert; der Verlauf der Mauer sei nicht gerechtfertigt durch militärische Notwendigkeit, nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in Israel.
- Durch die Mauer entstehen Zerstörung von Eigentum, Einschränkung der Bewegungsfreiheit der ansässigen

2. Wie wird die Mauer international bewertet?

- Das IGH-Gutachten ist keine bindende Entscheidung, gleichwohl nicht ohne Rechtswirkung, da es vom oberstem Justizorgan der UN und von der UN-Generalversammlung breit unterstützt wird; darüber hinaus entfalten insbesondere die Genfer Konventionen Rechtspflichten gegenüber allen Staaten (Erga Omnes), diese müssen sich bemühen, auf ihre Einhaltung hinzuwirken.
- Im Juli 2004 erfolgte die Unterstützung des Gutachtens und der Forderungen des IGH durch die Abstimmung der UN-Generalversammlung mit 150 zu 6 Stimmen (Gegenstimmen u. a. USA, Israel) bei 10 Enthaltungen; alle europäischen Staaten schlossen sich der Unterstützung an.

Bevölkerung (Zugang zu Ländereien, Ressourcen, Bildung, Gesundheit, Arbeit, ...) und damit die Einschränkung von Lebensgrundlagen und gravierenden Verletzungen von Völkerrecht, humanitärem Völkerrecht und Menschenrechten.

Die Mauer verstößt

- gegen Grundprinzipien des Völkerrechts (VR), insbesondere gegen das Verbot der Aneignung von Territorium durch Gewalt und dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker;
- gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts zum Schutz von Zivilist:innen in bewaffneten Konflikten, insbesondere die 4. Genfer Konvention von 1949 sowie der Haager Landkriegsordnung von 1907;
- gegen Menschenrechtskonventionen, insbesondere dem International Covenant on Civil and Political Rights, International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights und der UN Convention on the Rights of the Child.



Foto: pax christi

3. Welche Konsequenzen haben das Gutachten und seine internationale Unterstützung?

Aufgrund der ablehnenden Haltung der USA und die Position der EU-Mitgliedstaaten, die die Resolution der UN-Generalversammlung zwar unterstützt, aber keine Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung ergriffen haben (Priorität: Fortführung des sog. Friedensprozesses): Es erfolgte kein nennenswerter internationaler Druck (kein Baustopp, kein Rückbau und keine relevante Verbesserung des Zugangs sowie keine Entschädigungen).

Zwei Punkte sind dabei heute vor allem relevant:

- Während die Relevanz der Mauer im Sinne der Vorwegnahme einer Grenzziehung zwischen zwei Staaten angesichts sich verfestigender Einstaatenrealität abgenommen hat, bleibt der Aspekt der andauernden Kontrolle über Territorium (und damit de-facto-Annexion), nicht zuletzt über Ost-Jerusalem, und das Verhindern eines zusammenhängenden palästinensischen Territoriums.
- Mitverantwortung der internationalen Gemeinschaft für eine Kultur der Straflosigkeit, keine Verantwortlichkeit für Völkerrechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen (Einladung zu fortgesetzter Verletzung von Völkerrecht, statt Schaffen von Grundlagen für einen friedlichen Ausgleich und dauerhaften Frieden; eine konkrete Folge ist die Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung aus für Israel strategisch/ideologisch/religiös bedeutsamen Gebieten: Seam Zone, Ost-Jerusalem, Hebron, C-Gebiete der West Bank (Massafer Yatta, Jordangraben).

Dr. Muriel Asseburg ist Senior Fellow an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dem Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Gemeinsam erinnern

Der Brühler Schweigegang

Reiner Besse, Peter Müller-Gewiss

Fotos: pax christi-Gruppe Brühl

Der Ursprung dieser Bewältigungstradition ist ohne das Zeugnis eines aus Brühl stammenden Lehrers und Schulleiters nicht denkbar. Caspar Markard (1914 - 2008) konnte besonders die Jugendlichen in Kirchen und Parteien durch seinen unermüdlichen Einsatz zur Aufarbeitung der Geschichte begeistern. Er war Anreger zahlreicher Initiativen zivilen Engagements. Zur Zeit des Nazi-Regimes demonstrierte er gegen das Unrecht und musste das Brühler Gymnasium verlassen. In Köln begegnete er Heinrich Böll, mit dem er bis zu Bölls Tod freundschaftlich verbunden war. Im Jahr 1958 organisierte er die erste Gedenkveranstaltung in Brühl, zu der er Heinrich Böll mit einem Vortrag einlud, was in der Stadt Aufmerksamkeit erregte.

Die 1977 gegründete pax christi-Gruppe Brühl hat sich seit ihrer Gründung der Erinnerungsarbeit im lokalen Geschehen der Stadt Brühl verpflichtet gefühlt. Seit 1988 gibt es am 9. November die feste Tradition des Gedenkens in Form eines Schweigeganges durch die Stadt. Denn wie an vielen Orten in Deutschland überfielen in Brühl am 10. November 1938 Nazi-Trupps jüdische Wohnungen und Geschäfte und zündeten die Synagoge an, die bis auf die Grundmauern abbrannte. Damals sahen dem Treiben der Schlägertrupps große Teile der Bevölkerung tatenlos zu. Der Judenverfolgung durch das System der Nationalsozialisten fielen in den folgenden Jahren 65 Jüdinnen und Juden aus Brühl zum Opfer.

Aktives Erinnern an die Brühler Stadtgeschichte

In den letzten Jahren nahmen meist mehr als 300 Brühler:innen an dem Schweigegang zur Erinnerung an die Reichspogromnacht teil. Daran beteiligen sich Menschen aller

Generationen der Stadt, aller demokratischen Parteien, der örtlichen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie Vertreter:innen der drei großen am Ort vertretenen christlichen Kirchen – kurz: die gesamte Zivilgesellschaft des Ortes. Verschiedene Bürgermeister unterschiedlicher politischer Parteien haben mit einer kurzen Ansprache auf die schmerzhafteste Stadtgeschichte hingewiesen und sich schweigend am Gang durch die Stadt beteiligt. Der Anteil der Jugendlichen ist erstaunlich hoch. Zudem sind sie immer aktiv beteiligt: Eine Jugendband der Pfadfinder gestaltet den musikalischen Auftakt, Schüler:innen der Haupt- und Gesamtschule verlesen die Namen der 65 Opfer, eine junge Studentin der Aktionsgemeinschaft „Solidarisches Brühl“ trägt ihre Sicht zu Rassismus und Antisemitismus vor, Schüler:innen führen den Gang mit einem entsprechenden Transparent an. Bürger:innen jeden Alters machen bei dieser Aktion die Opfer dadurch präsent, dass sie deren Namen auf Schildern mit sich führen. Bis Ende der 1990er-Jahre betete der Kantor einer nahegelegenen jüdischen Gemeinde das Kaddisch und trug Klagelieder vor.

Es gab und gibt einige Aktivitäten, die die jüdische Geschichte wachhalten und dauerhaft im Bewusstsein der Brühler Bevölkerung verwurzelt sind. Außer der Umbenennung der Straße, an der die Synagoge stand in „An der Synagoge“, der





Wie eine kleinstädtische Zivilgesellschaft die Gefahr des Vergessens über die Generationengrenzen hinweg bewältigt und die pax christi Gruppe-Brühl eine langjährige Tradition mitgestaltet

Einrichtung einer Gedenkstätte am Ort der abgebrannten Synagoge, Führungen für Schulklassen und Interessierte durch das jüdische Brühl mit den lokalen Stadtführer:innen im Rahmen des Holocaust-Gedenktages und nicht zuletzt die wissenschaftliche Aufarbeitung der eigenen jüdischen Geschichte mit der Veröffentlichung des Buches „Juden in Brühl“ im Jahre 1988 – ein Standardwerk, das komplett auf der Homepage der Stadt verlinkt ist und eingesehen werden kann.

Ein konstruktiver Umgang mit der Trauer

Diese Art der Erinnerung hat nunmehr Tradition. Eltern und auch Großeltern der heutigen Jugendlichen sind schon seit vielen Jahren dabei, haben ihre Kinder mitgenommen und in den Familien ein Bewusstsein entwickelt. Was zu Beginn eine Initiative Vereinzelter war, wesentlich getragen von der pax christi-Gruppe und dem jüdisch-christlichen Dialog, hat durch die Jahre hinweg die ganze lokale Zivilgesellschaft und die kommunalen Akteur:innen erreicht. Die Erinnerung an das in unserem Land begangene Unrecht, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, macht rat- und hilflos.

Gemeinsames Erinnern ist ein Akt des Trauerns, der Mitgefühl in Handlung umwandeln und waches Bewusstsein für Ungerechtigkeit bilden will. Auch ist der Schweigegang Teil der lo-

kalen Schul- und Jugendkultur: Die Schüler:innenvertretungen rufen zur Teilnahme auf. Für die Mitglieder der Israel-AG des städtischen Gymnasiums ist der Termin selbstverständlich. Was Lehrer:innen, Eltern und Geistliche nicht bewirken können, bewirkt die Mund-zu-Mund-Propaganda unter den Jugendlichen. So ist der Schweigegang heute unter den Jugendlichen „Kult“.

Der Brühler Schweigegang ist ein gelungenes Beispiel für nachhaltiges sowie generationenübergreifendes Lernen und Bewältigen der jüngeren deutschen und lokalen Geschichte und die pax christi-Gruppe Brühl, ein öffentlich anerkannter Akteur der örtlichen Zivilgesellschaft. Die jahrelange Mitwirkung an der Tradition des Schweigeganges hat dazu geführt, dass pax christi Brühl weitere Aktionen der Erinnerungskultur initiierte und Aufmerksamkeit fand. Zum Holocaust-Gedenktag finden inzwischen regelmäßig Lesungen statt. Stadtgeschichtlich wichtige Ereignisse wie die Erinnerung an die Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg wurden in einer Befragung von Zeitzeug:innen, einem Schweigekreis und einem Ausstellungsprojekt aufgegriffen.

Reiner Besse und Peter Müller-Gewiss sind Mitglieder der pax christi-Gruppe Brühl.



Im Schatten der Aufmerksamkeit

Multiplikator:innenreise nach Lesbos

Tim Thiessen

Strahlender Sonnenschein, sanft weht der Wind, im nahen Dorf gackern Hühner. Der Blick geht über die Meeresbucht hinüber zur türkischen Küste, die nur zehn Kilometer entfernt liegt. Idylle pur. Wir drehen uns um und stehen vor einem Betontor. Die Ruinen des Flüchtlingslagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Es war für 2.800 Menschen ausgelegt, schließlich mussten ca. 20.000 Menschen hier leben. Längst hatten die Gebäude und Container des Lagers nicht mehr ausgereicht. Weit in die Olivenhaine hinein erstreckten sich notdürftig angelegte Behausungen. Dieser Ort macht sprachlos und wütend. So viele Menschen mussten hier unter elenden Bedingungen ausharren, weil sie unter anderem vor Krieg oder der Klimakrise aus ihrer Heimat fliehen müssen. Es ist gut, dass dieses Camp heute Geschichte ist. Moria ist ein Gedenkort für die Opfer einer gescheiterten EU-Migrations- und Asylpolitik.

Schande Europas

Moria, „die Schande Europas“ genannt, brannte im September 2020 fast komplett ab. Die Hoffnung war groß, dass sich jetzt doch etwas ändern müsste. Doch der Glaube an eine „humane Grenzpolitik“ ist innerhalb kürzester Zeit verloren gegangen.

Der Küste zugewandt, sehen wir in der Ferne weiß-reflektierende Punkte. Auf einem kahlen Hügel glitzern die UNHCR-Zelte des 2020 provisorisch errichteten Camps Mavrovouni (Kara Tepe), in dem derzeit ca. 1.600 Geflüchtete festgehalten werden. Die Realität ist noch trister als die im Camp Moria: Ausgangsbeschränkungen, Einlasskontrollen, Durchsuchungen und weitere Schikanen sind hier Alltag und machen auch die ohnehin eingeschränkte humanitäre Arbeit von NGOs unmöglich. Sie können ihre Arbeit nicht mehr durchführen, ohne staatliche Repressalien zu erfahren.

Anfang 2023 soll ein neues Lager auf Lesbos eröffnet werden. Eins von fünf geschlossenen Lagern auf griechischen Inseln, das mitten in einem Naturschutz- und Waldbrandgebiet gebaut wird. Zur nächsten Ortschaft sind es zehn Kilometer auf unbefestigter Straße. Es wird wohl kaum an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen sein. Die schulische Bildung, der Kontakt zur Lokalbevölkerung, die Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmung werden damit maßgeblich eingeschränkt sein. Das Lager erinnert, wie alle drei bereits gebauten, an ein Gefängnis: Stacheldraht, Fingerabdrucksensoren, Körperscanner, Einlass- und Ausgangskontrollen, dazu ist die Ebene der Wohneinheiten abgesenkt.

Verbannung in die Bedeutungslosigkeit

Von der EU wird ein noch perfideres Lager gebaut, das die Geflüchteten umso mehr in die Peripherie verbannt und damit in die Bedeutungslosigkeit schiebt – wenn sie überhaupt auf

Lesbos ankommen, bzw. nicht von dort illegal und unter Anwendung von Gewalt zurückgebracht werden. Denn auch das gehört zur Wahrheit: Allein bis Juli dieses Jahres wurden über 8.000 Menschen illegal zurückgedrängt. Es überrascht, wenn Menschen noch auf der Insel registriert werden und nicht vorher von maskierten Menschen gekidnappt und auf dem offenen Meer in Rettungsinseln ausgesetzt werden. Die, die ankommen, werden verhört und im schlimmsten Fall wird ihnen Menschenhandel vorgeworfen: Das bedeutet 15 Jahre Haft pro Person auf dem Boot, mit dem sie gekommen sind, ohne Aussicht auf ein faires Urteil vor Gericht.

Die Informationslage über die Situation Geflüchteter an der griechischen EU-Außengrenze und die Zukunft dieser Menschen ist momentan dürftig. Die Multiplikator:innenreise nach Athen und Lesbos, die von pax christi und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) organisiert wurde, diente der Aufklärung über die unmenschliche Situation, der Menschen auf der Flucht an der EU-Außengrenze und in den Lagern ausgesetzt sind. Die Teilnehmenden haben sich mit NGOs, lokalen Organisationen, kirchlichen Institutionen und Politikwissenschaftler:innen in Athen und auf Lesbos getroffen. Deutlich wurde noch einmal: Waffenexporte, Militarisierung und Flucht hängen zusammen. Im Hafen der Inselhauptstadt Mytilini lagen Schiffe der griechischen Küstenwache und Marine und von Frontex. Welch ein technischer, finanzieller und personeller Aufwand betrieben wird, um Schutzbedürftige fernzuhalten, ist skandalös. Kurz nach Abfahrt der Reisegruppe kam die Meldung, dass nahe ihrer Unterkunft 15 Menschen ertrunken sind.

Was können wir tun?

- Es muss gleiches Recht für alle Geflüchteten in der EU gelten. Die Unterstützung für Menschen aus der Ukraine muss in gleichem Maß auch Menschen aus anderen Flucht-kontexten gelten. Teilen wir diese Forderung unseren Kommunalpolitiker:innen mit!
- „Pushbacks“ sind gegen jegliches Recht. Unsere EU-Parlamentsabgeordnete müssen mit dieser Realität konfrontiert und aufgefordert werden, sich für ein sofortiges Ende einzusetzen. Gehen wir zusammen auf Demonstrationen gegen die Abschottung!
- Hoffnung macht, dass es nach wie vor Menschen gibt, die sich trotz aller Repressionen und Anfeindungen für Geflüchtete aktiv einsetzen. Unterstützen wir kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen finanziell und mit unserem Engagement!

Tim Thiessen ist Mitglied der Kommission Migration.



Irmgard Scheitler, pax christi Eichstätt

Odilo Metzler, pax christi-Bundesvorstand



Dr. Christine Schweitzer, Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung



Georg Hörnschemeyer, pax christi-AG Mittel- und Osteuropa

„Im Krieg den Frieden vorbereiten“

Delegiertenversammlung vom 21. – 23. Oktober in Fulda

Georg Kesting

Bonifatiushaus. Die Delegierten versammeln sich. Uns geht es gut und wir sind voller Sorge. Wir haben es warm, werden umsorgt, essen vegetarisch. Wir lernen und streiten miteinander – nach Regeln unserer selbst gegebenen Geschäftsordnung. Zeitgleich hartnäckige Angriffe der Russischen Föderation auf die Ukraine. Ukrainer:innen geht es schlecht und sie sind voller Optimismus. Sie kämpfen für ihre Selbstbestimmung: seit 1991 eigenständiger Staat, 1994 Buda-pester Memorandum, 2004 die Protestbewegung ‚Orange Revolution‘, 2013/2014 Euromaidan, seit 2014 Angriffskrieg der Russischen Föderation mit Annexion der Krim, der im Februar 2022 dramatisch eskaliert: „Dieser Krieg ist kein Missverständnis, er folgt einer Politik mit genozidaler Qualität“ (Jörg Lürer, *Justitia et Pax*). Die Über-Lebenden verteidigen sich gegen eine Reintegration in ein autoritatives System und kämpfen um ihre demokratische Zukunft.

Der Ukrainekrieg bestimmt die Versammlung. Er prägt die inhaltlichen Anträge und ist Schwerpunktthema des

Studienteils. Doch gleichzeitig toben weltweit über fünfzig weitere Kriege, 250.000 Kindersoldat:innen werden weltweit eingesetzt, Kinderrechte werden missachtet, Rüstungsexporte nehmen zu, der Nahe Osten bedarf großer Aufmerksamkeit. Kapitalistisches Denken und Handeln sorgt für Verwüstungen, auch der Herzen. Energieknappheit, Hungerkrisen, Flucht und Migration, Umweltkatastrophe, Traumata sind die Folgen. Wir dürfen diese Krisen nicht wegen des Ukrainekriegs ausblenden, mahnt eine Delegierte.

Pazifistisches Selbstbewusstsein wird erschüttert

Der Krieg gegen die Ukraine ist eine Zumutung. Wir können ihm nicht ausweichen. Er erschüttert unser pazifistisches Selbstverständnis. Das ist zu spüren in Gesprächen während der Kaffeepause, in Diskussionen vor den Stellwänden der Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften auf der ‚Agora‘, wo die Kommissionen alljährlich an Ständen ihre Arbeit präsentieren. Hier zeigt sich, welche „riesige Expertise“ (Gerold König) in pax christi zu finden ist und dass pax christi eine



Kathrin Vogler, MdB Die Linke.



Dr. Jörg Lüer, Geschäftsführer Kommission Justitia et Pax

lernende Bewegung ist. Die Kommission Friedenspolitik schreibt in ihrem Bericht: „die Divergenzen innerhalb pax christi namentlich zu den Themen Möglichkeiten von gewaltfreiem Widerstand, der Frage der Waffenlieferungen und des Regierungsbeschlusses des 100 Mrd.-Rüstungsprogramms stürzten uns in ziemliche Nachdenklichkeit.“

„Der Krieg ändert alles.“ (Georg Hörnschemeyer, AG Mittel- und Osteuropa). Verändert sich auch unser Verständnis vom ‚Frieden Christi‘? Gradlinig äußerte sich Marie-Marthe Dortel-Claudot, als sie 1945 den „Gebetskreuzzug für den Frieden“ und damit die pax christi Bewegung auf den Weg brachte: „Liebet eure Feinde! Nicht mehr, nicht weniger.“ Und der Ökumenische Welttrat der Kirchen beschloss unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges 1948 in Amsterdam: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ Als dieses Zitat in einem Antrag auftauchte, folgte die kritische Nachfrage: Sind wir es, die definieren, was Gott will? Was unterscheidet uns dann von Patriarch Kyrill, der Soldaten nach ihrem Tod „bei Erfüllung ihrer militärischen Pflichten“ Vergebung der Sünden versprach und Gott für sich beansprucht?

Positionen christlicher Gewaltfreiheit

So setzten sich die Delegierten im Studienteil zum Krieg gegen die Ukraine theologischen Fragen aus und mit politischen

Hintergründen auseinander. Odilo Metzler, der für den Geistlichen Beirat Klaus Hagedorn einsprang, weil dieser in Covid-Quarantäne war, stellt die grundsätzliche Position christlicher Gewaltfreiheit vor: die Bergpredigt ernst nehmen. Prof. Dr. Irmgard Scheidler mahnt, es sich mit Antworten nicht zu einfach zu machen. Die Bibel sei nicht nur ein Buch der Liebe, sondern enthalte verstörende Gewaltaussagen. Christ:innen seien, anders als oft angenommen, in den Jahren vor ihrer Institutionalisierung nicht nur für ihre Gewaltfreiheit bekannt gewesen. Die Bibel grenze aber Gewalt ein, angefangen beim Kainsmal, über die Zehn Gebote, bis hin zum Liebesgebot und der Frage nach einem gerechtfertigten Krieg. So findet sich im Christentum die Heiligung der Gewalt wie bei Kyrill und der konsequente Pazifismus der Quäker. Kathrin Vogler, MdB (Die Linke.) gab Einblicke in die politische Dimension der Fragestellung, Dr. Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung) entwickelte Verhandlungsperspektiven, die Gewalt einhegen und den Frieden vorbereiten. Dr. Jörg Lüer (Justitia et Pax) mahnte: „In diesem Krieg geht es nicht nur um Butscha, sondern die ganze europäische Sicherheitsarchitektur liegt in Trümmern. Deshalb müssen wir jetzt den Frieden vorbereiten.“ Spannungen aushalten, Gesprächsfäden nicht abreißen lassen.

Gemeinsame Erklärung

Georg Hörnschemeyer stimmte dem zu und gab zu bedenken: Dialog ist einfach gesagt, doch nach dem Verbot von Memorial ist es schwer überhaupt in Kontakt zu kommen. Von manchen Gesprächspartner:innen wissen wir nicht einmal mehr, ob sie noch leben.

Der Studienteil, die vielen Gespräche, die spirituellen Auszeiten, das alles führte im Vertrauen auf die Ansprechbarkeit des Menschen zu einer gemeinsamen Erklärung zur Ukraine: pax christi verurteilt den ungerechtfertigten Angriffskrieg der Russischen Föderation und steht solidarisch an der Seite der Ukraine. pax christi beteiligt sich daran, Grundlagen dafür zu schaffen, dass Frieden entstehen und wachsen kann und dass eine Verhandlungslösung möglich wird.

Es bleibt zu klären, was unsere Option für Gewaltfreiheit in heißen Konflikten bedeutet. Mit einer Neinstimme und drei Enthaltungen wurde dieser Auftrag an die gesamte Bewegung weitergegeben, den Vorstand, jedes einzelne Mitglied, jede Gruppe, jeden Diözesanverband, jede AG und Kommission. Ein Auftrag, der niemandem erspart bleibt und Unruhe bewirkt. Diese Unruhe wird pax christi weiterbringen, auch wenn sie zu neuen Fragen führen wird.

Georg Kesting ist Mitglied der pax_zeit Redaktion



Wer Frieden will, muss Frieden vorbereiten

Im achten Monat des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine erklärt die pax christi-Delegiertenversammlung:

Die deutsche Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi ist der biblischen Friedensbotschaft verpflichtet. Die pax christi-Bewegung nimmt die Botschaft Jesu Christi ernst und lehnt daher grundsätzlich den Einsatz von Gewalt ab. Auf der ernsthaften Suche nach Versöhnung und Frieden und nach Wegen der aktiven Gewaltfreiheit als christlichem Lebensstil (Papst Franziskus) streben wir einen respektvollen Umgang miteinander an, auch mit denen, innerhalb und außerhalb von pax christi, die nicht ausschließen wollen, dass es gewaltvolle, kriegerische Entwicklungen gibt, die zum Schutz von Menschenleben und zur Verteidigung eines Landes des bewaffneten Widerstands bedürfen.

Aktive Gewaltfreiheit ist und bleibt unser Leitimpuls zur Lösung von Konflikten. Deshalb setzen wir uns mit der Kampagne „Gewaltfrei wirkt“ dafür ein, Menschen in unserem Umfeld, in Kirchengemeinden und Schulen, in Verbänden und Gemeinschaften, aber auch in internationalen Beziehungen Wege des gewaltfreien Handelns aufzuzeigen und zu ermöglichen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar, der Deutschland, Europa und letztlich die ganze Welt herausfordert. Er fordert in der Ukraine jeden Tag Todesopfer und zerstört Lebensgrundlagen, unzählige Menschen werden zur Flucht gezwungen. Wir sind in Gedanken und Gebeten bei den vom Krieg betroffenen Menschen, die furchtbare Monate des Krieges und des Leidens durchleben. Wir appellieren an die russische Regierung, die Waffen schweigen zu lassen, den diplomatischen Weg einzuschlagen und sich aus der Ukraine zurückzuziehen. Wir appellieren an die ukrainische Regierung, sich für diplomatische Verhandlungen zu öffnen.

Wir sehen, dass auch dieser Krieg Vorgeschichten hat: Teil der Vorgeschichte ist die Entwicklung der Ukraine nach der Unabhängigkeit 1991 und die Auseinandersetzung mit pan-russischen Bestrebungen, russischer Politik gegenüber der Ukraine. Ebenso Teil der Vorgeschichte dieses Konflikts sind die Erweiterung der NATO bis an die russische Grenze und Militärmanöver auf beiden Seiten. Ohne den Blick auf die

komplexe Vergangenheit und den Verlust an Vertrauen ist eine Bewertung des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine nicht möglich, was die Gestaltung einer friedlichen Zukunft behindert.

Dieser Krieg muss beendet werden, denn er schwächt die ganze Welt. Er verursacht Hungerkrisen in von Lebensmittelversorgung abhängigen Ländern und Teuerungen, die zu sozialen Spannungen führen. Er fördert Flucht und Migration mit all den traumatischen Auswirkungen auf die Betroffenen. Er führt zu Energiemangel und so zu einer Rückkehr zu fossilen Brennstoffen und Atomenergie, mit fatalen Folgen für Umwelt und Sicherheit. Er befördert einen weltweiten Militarisierungsschub und beschleunigt die globale Klimakatastrophe.

Friedensethisches Dilemma

Friedensethisch konfrontiert dieser Krieg uns mit den Dilemmata des Einsatzes von Gewalt. Auch in der pax christi-Bewegung gibt es dazu unterschiedliche Analysen und Meinungen.

Selbstverteidigungsrecht der Ukraine einerseits und das grundsätzliche Nein zum Einsatz von militärischer Gewalt bei gleichzeitiger Unterstützung mit zivilen Mitteln andererseits. In pax christi wird dieses Dilemma aktuell im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine aus guten Gründen plural hin auf das konkrete politische Handeln interpretiert: Viele in pax christi halten mit Blick auf die langfristigen Folgen und grundlegenden theologisch-spirituellen Überlegungen an der Option für Gewaltfreiheit fest; in pax christi gibt es auch die Option, auf Solidaritätsanforderungen aus der Ukraine neben zivilen Hilfen auch mit Waffenlieferungen zur Verteidigung zu reagieren.

pax christi ist sich jedoch einig darin, im Glauben an die Friedensbotschaft Jesu Christi an der Seite derer zu stehen, die in einen Krieg verwickelt worden sind und sucht nach Wegen, Frieden und Versöhnung zu finden. Deswegen verdient jeder Mensch Schutz vor militärischer Gewalt.

Einig ist sich pax christi auch, dass ein sofortiger Waffenstillstand gefordert ist, um diplomatische und zivile Klärungsprozesse beginnen zu können.

pax christi setzt sich dafür ein, jetzt den Frieden im Krieg vorzubereiten. Dazu gehört für die pax christi-Delegiertenversammlung:

- Sich nicht an Kriege und Gewalt zu gewöhnen, weder in der Ukraine noch an die vielen anderen Kriege weltweit.
- Kontakte zu zivilen Organisationen auf beiden Seiten aufrechtzuerhalten, zu pflegen oder zu initiieren; ebenso Kontakte auf persönlicher Ebene nicht abreißen zu lassen.

- Wir sehen es als Aufgabe von Politiker:innen, Kirchenvertreter:innen oder anderen Personen des öffentlichen Lebens an, den Dialog mit allen denkbaren Partner:innen mit Hartnäckigkeit und Geduld zu suchen und zu führen und Gesprächskanäle auf allen Ebenen offenzuhalten oder zu öffnen.
- In Diplomatie und Verhandlungen die Sichtweisen aller Konfliktparteien wahrzunehmen, kritisch zu hinterfragen und keine Feindbilder aufzubauen oder zu verstärken.
- Plattformen für Verhandlungen sind vorrangig die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).
- Die öffentliche Debatte aus der militärischen Engführung herauszuholen und die vielfachen Möglichkeiten gewaltfreien und deeskalierenden Handelns bekannt zu machen. Es ist die Verantwortung der Medien, solchen Themen und der Forderung nach Einstellung der Waffenlieferungen Raum zu geben.
- Ressourcen für zivile Konfliktbearbeitung und für Ausbildung in gewaltfreiem Widerstand und sozialer Verteidigung sollten in viel größerem Umfang bereitgestellt werden.
- Menschenrechte und das Völkerrecht müssen von allen politischen und wirtschaftlichen Akteuren geachtet werden.
- Alle Menschen beider Seiten, die sich dem Krieg entziehen möchten, dem Kriegsdienst oder den Kriegseinwirkungen, sollen für die Dauer ihrer Gefährdung in Deutschland Aufnahme finden.
- Mit Blick auf das wachsende atomare Kriegsrisiko sollte die NATO ihre atomare Erstschlagoption aussetzen, um den russischen Sicherheitsbedürfnissen entgegenzukommen.
- Die Umsetzung des Atomwaffenverbotsvertrages weiter mit Nachdruck zu befördern.
- Die Einrichtung entmilitarisierter Zonen zu befördern.
- Exit-Strategien für die Wirtschaftssanktionen zu entwickeln, z. B. im Falle eines Waffenstillstands.

Es ist notwendig, dass nicht in militärischen Kategorien, in Kategorien von Sieger und Verlierer, gedacht wird. Erforderlich ist eine kluge, alle Ebenen und Kanäle einbeziehende Krisendiplomatie, die den beteiligten Parteien einen gesichtswahrenden Ausstieg aus den Kriegshandlungen ermöglicht. Wer Frieden will, muss diesen vorbereiten und Grundlagen dafür schaffen, dass Frieden entstehen und wachsen kann.

Die pax christi-Bewegung sieht dies als Aufgabe und Herausforderung für alle Christ:innen und Menschen guten Willens an.

Beschluss der pax christi-Delegiertenversammlung am 23.10.2022 in Fulda

Auswirkungen des Ukraine-Krieges

Politik und Diskussionskultur in Deutschland

Clemens Ronnefeldt

Politische Auswirkungen

Mit den stehenden Ovationen, die Bundeskanzler Olaf Scholz nach seiner – auf demokratisch äußerst fragwürdigem Wege zustande gekommenen – Verkündung eines 100-Milliarden-Euro teuren „Sondervermögens“ bekam, wurden zahlreiche Wahlversprechen und Inhalte der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis90/Die Grünen an einem Tag Makulatur. Statt einer versprochenen restriktiveren Rüstungs(export-)politik genehmigte die Bundesregierung zuletzt sogar Kampfflugzeuge an Saudi-Arabien, das im Jemen Krieg führt und dort für den Tod von rund 370.000 Menschen mitverantwortlich ist.

Statt inklusiver Friedenslogik, die das eigene Handeln für die jeweilige Gegenseite mitbedenkt, dominiert seit dem 24.2.2022 eine exklusive Sicherheitslogik: wir gegen den Feind.

Außenministerin Annalena Baerbock kündigte an, Russland durch Sanktionen „ruinieren“ zu wollen und verlegte die Schwerpunkte wichtiger Reden – wie z.B. vor der UNO-Vollversammlung – auf emotional berührende Themen wie die Geburt eines Kindes im Kiewer U-Bahn-Schacht und ihr eigenes Mutter-Sein – statt auf diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges.

Als das italienische Außenministerium im Mai 2022 einen De-eskalations-Plan mit dem UNO-Generalsekretär sowie den G7-Staaten abstimmte, bekam dieser aus Deutschland keinen öffentlichen Rückhalt der Bundesregierung.

Widerspruch zu Annalena Baerbock und Anton Hofreiter kam von der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen), die sich bereits im Vorfeld des Ukraine-Krieges für eine neue Entspannungspolitik eingesetzt hatte. Auf SPD-Seite versucht Rolf Mützenich Reste des Erbes von Egon Bahr und Willy Brandt zu bewahren.

Keine Selbstkritik

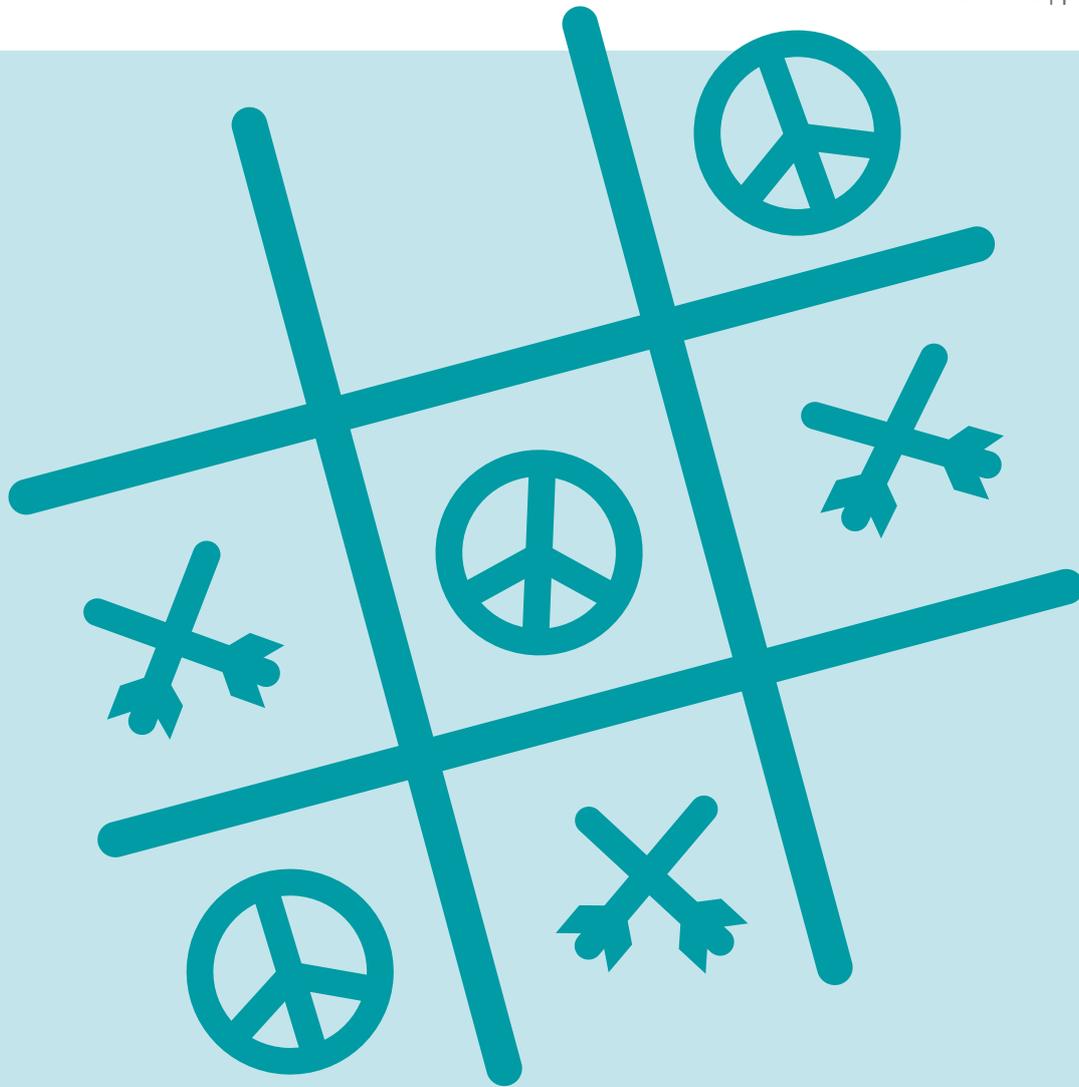
Obwohl die eigenen wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages davor warnten, dass mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten in Idar-Oberstein an der Panzerhaubitze 2000 die Schwelle für Deutschland als Kriegspartei überschritten sein könnte, gab es nach der Veröffentlichung dieses Gutachtens keine selbstkritische Reflexion der Bundesregierung. Warnungen waren in den letzten Monaten eher aus Kreisen ehemaliger Generäle zu hören, die darauf hingen, dass die Lieferung schwerer Waffen der potenzielle Weg in den Dritten Weltkrieg bedeuten könnten.

Bei der Forderung nach Panzern für die Ukraine fällt das Engagement der Verteidigungsausschussvorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann in Talkshows und Interviews auf. Dass sie unter anderem Mitglied im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik sowie beim Förderkreis Deutsches Heer ist und es daher zu ihren Präsidiums-Mitglied-Aufgaben in diesen beiden zentralen Rüstungslobby-Organisationen zählt, für Waffenproduktion und -export sich einzusetzen, wurde vom Verein „Lobbycontrol“ kritisiert, nicht aber in großen deutschen Tageszeitungen.

Dass die Firma Rheinmetall im Jahr 2011 einen Vertrag mit der russischen Regierung über mehr als 100 Millionen Euro zum Bau eines Trainingszentrums in Russland zur Kriegführung vor allem in Städten abschloss, in dem in den letzten Jahren jährlich rund 30.000 russische Soldaten ausgebildet wurden, wurde seitens der Bundesregierung seit Februar 2022 nicht mehr selbstkritisch thematisiert.

Im Herbst 2021 griff die Ukraine erstmals mit einer türkischen Drohne im Donbass eine prorussische Stellung an und verletzte damit das Minsk-II-Abkommen. Das Zielerfassungssystem dieser türkischen Drohne stammt von der Firma Hensoldt aus Deutschland, an der die Bundesregierung eine 25,1 Prozent Sperrminorität hält, mit der sie diesen





konfliktverschärfenden Export hätte verhindern können – und weiterhin nicht verhindert.

Mit dem 100-Milliarden-Sondervermögen“ – das korrekterweise als „Sonderschulden“-Programm zu bezeichnen ist, ebenso mit der Zusage zum 2-Prozent-BIP-Anteil für die Bundeswehr, hat die Ampelregierung ihre im Koalitionsvertrag beschlossenen Klimaziele rückgängig gemacht.

Bei der schnellen Suche nach dem Ersatz des billigen, aber klimaschädlichen Erdgases aus Russland ging die Bundesregierung mit Aserbaidschan, Katar, Saudi-Arabien und auch den USA (Fracking-Gas) Verträge ein, die wegen weiter Transportwege allesamt klimaschädlicher, teurer und aus Menschenrechtsperspektive ebenfalls hochproblematisch sind.

Zur Diskussionskultur

In nahezu allen Talkshows waren Befürworter:innen von Waffenexporten in die Ukraine in der Mehrheit, während die Bevölkerung in Deutschland bei Umfragen im Mai 2022 mit jeweils 45 Prozent Pro und Contra votierte.

Moderator:innen und Journalist:innen, die nicht gewählt sind, trieben gewählte Volksvertreter:innen mit immer neuen

Forderungen nach noch mehr Waffen für die Ukraine vor sich her. Olaf Scholz wurde bedrängt, endlich das Wort „Sieg“ in den Mund zu nehmen, als die Ukraine Geländegewinne machte.

Auch Menschen, die sonst differenzieren, sprachen öffentlich pauschalisierend von „den Russen“ und „den Ukrainern“. Alice Schwarzer oder Harald Weltzer, die öffentliche Aufrufe für Waffenstillstands-Verhandlungen unterstützten, wurden aggressiv angefeindet und als herzlos gegenüber der überfallenen ukrainischen Bevölkerung kritisiert.

Den „Mythos der erlösenden Gewalt“ (Walter Wink) zu erklären und differenzierte Sichtweisen mit Perspektiven für einen Ausstieg aus der Eskalationsspirale in die öffentliche Diskussion einzubringen, wird weiterhin eine dringend notwendige Aufgabe von Friedensorganisationen sein.

Clemens Ronnefeldt ist pax christi-Mitglied und Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.



Unterwegs zum pax christi-Kongress

Stand der Vorbereitungen

Schon 2021 hat die pax christi-Delegiertenversammlung alle Diözesan- und Regionalverbände eingeladen, eine zwei- bis fünftägige Wanderung/Route vorzubereiten, die am Freitag, dem 19. Mai 2023 zum Beginn des Kongresses in Leipzig ankommt.

Hier informieren wir über den Stand der Vorbereitungen in den Diözesen. Nutzt diese Ideen gerne als Anregung für eigene Routes. Denn wann, wenn nicht jetzt, sollte pax christi die Tradition der Routes als Friedenswege wiederaufleben lassen?

Hier die bisher bekannten Pläne für Mai 2023

Rhein-Main

Start der Radtour: am 16.5. abends in Erfurt, radeln am 17.5. nach Weimar, am 18.5. an Ilm und Saale entlang nach Naumburg und erreichen am 19.5. den Zielort Leipzig. Unterwegs beschäftigt sich die Gruppe Radler:innen mit aktuellen Friedens- und Versöhnungsanliegen und rastet an historischen Stätten (Gedenkstätte Buchenwald, Dom zu Naumburg).

Kontakt: Egon Jöckel, 0170 99 62 962

Rottenburg-Stuttgart

17. Mai: ab Stuttgart per Bahn inkl. Fahrrad nach Erfurt, Stadtrundgang, weiter (20 km) zum Ök. Kloster St. Wigberti dort Führung; 18. Mai: Radfahrt nach Naumburg (70 km), Rundgang im Dom; 19. Mai: über Lützen (Ort der Hauptschlacht im Dreißigjährigen Krieg) nach Leipzig (50 km).

Kontakt: Sabine Seebacher, paxchristi-rs@bo.drs.de

Köln

Wanderung auf dem Jakobsweg, der Via Regia. Start am 14.05.2023: Von Köln nach Erfurt mit dem Zug, dann zu Fuß die Etappen Erfurt – Weimar – Buchenwald – Roßbach - Naumburg - Freyburg - Frankleben. Von Merseburg nach Leipzig, weiter mit dem Zug. Am 16.5. startet eine Fahrradtour den Weg.

Kontakt: Friedhelm Boll, friedhelm_boll@web.de

Bayern

Start mit dem Zug nach Altenburg am 15.05.23 Altenburg nach Panna (ca. 12 km) – Borna (ca. 13 km) – Böhlen (ca. 15 km) – Leipzig (ca. 18 km) mit Haltepunkten an der Öko-Kirche, Museen, Gedenkstätten sowie Gesprächen mit lokalen Jugend- und Kirchenleitungen.

Kontakt: Jürgen Herberich, vorsitzender@paxchristi-wuerzburg.de

Osnabrück/Hamburg, Berlin und Regionalverband Ost

Einladung an weitere Diözesanverbände: Radtour Start am 18. Mai 23 von Magdeburg über Dessau nach Leipzig. Friedens-Veranstaltung in Dessau.

Kontakt: Johannes Jakob, johjakob@t-online.de

Paderborn

„Auf den Spuren der ehemaligen innerdeutschen Grenze, dem Ort der Teilung, Unfreiheit und Gewalt zum Ort der friedlichen Wende“. Pilgerweg auf dem „Grünen Band“, der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD. Start am 15.05.23 am Dreiländereck Hessen/Thüringen/Niedersachsen bei Witzenhausen entlang der Grenze in Eichsfeld, Richtung Duderstadt, in Etappen von maximal 20 km pro Tag.

Kontakt: Gordon Mathews, paderborn@paxchristi.de



Aktuelles

- Kongress-Programm
- Anmelden
- Infos zu den Routes

auf paxchristi.de

pax christi
Rottenburg-
Stuttgart



paxchristi-rs@bo.drs.de

Der mit dem Mantel zerbricht das Schwert

pax christi Rottenburg-Stuttgart macht
Friedenspatron St. Martin bewusst

Odilo Metzler



Foto: Martin Pilgram

Am pax christi-Stand des Katholikentages in Stuttgart war auf einer Bildwand im Comic-Stil der heilige Martin von Tours zu sehen, wie er am Rednerpult des Bundestages ein Schwert zerbricht. „Mantelteiler. Kriegsdienstverweigerer. Friedensstifter“ steht über der Broschüre, die pax christi Rottenburg-Stuttgart im Oktober 2021 in einer Festveranstaltung zusammen mit dem Religionspädagogischen Institut Stuttgart und der St.-Martinus-Gemeinschaft präsentierte. Im Vorwort bezeichnete Bischof Gebhard Fürst den Diözesanpatron Martinus als Friedensstifter und diakonisch-karitatives Leitbild für den Zusammenhalt der Gesellschaft und Europas. Und pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf unterstrich, dass damit eine Traditionslinie aufgegriffen werde, „die Aussagen Jesu in ihrer Radikalität ernst nimmt“.

Die Broschüre, der Stand und eine Podiumsveranstaltung beim Stuttgarter Katholikentag waren Früchte jahrelanger Arbeit von pax christi im Diözesanverband, die unterdrückte und tabuisierte pazifistische Seite eines der populärsten Heiligen ins Bewusstsein zu bringen. Auch wurden auf die „Sankt-Martin“-Melodie acht weitere Strophen über den Friedens-Heiligen getextet. Seit über tausend Jahren wurde die von seinem Biografen und Zeitgenossen Sulpicius Severus geschilderte Verweigerung des Militärdienstes gegenüber dem

römischen Kaiser verschwiegen oder verfälscht zum christlichen Offizier und Patron der Soldaten.

Martinus (316/17–397 n. Chr.), den sein Vater, ein römischer Militärtribun, nach dem römischen Kriegsgott Mars benannte, lebte in der konstantinischen Zeitenwende (313 n. Chr.), in deren Verlauf das Christentum Staatsreligion wurde. Er war aber der frühchristlichen Gewaltlosigkeit, Einfachheit und Geschwisterlichkeit verpflichtet, sodass ihn pax christi auch als Leitbild für eine nachklerikale Kirche sieht.

Für den Diözesanverband war die aktuelle bellizistische „Zeitenwende“ wie für andere eine große Herausforderung. In der Linie des Friedenspatrons Martinus diskutierte die Diözesanversammlung im Juli den russischen Überfall und den Verlauf des Ukrainekriegs und beschloss die „Heiligkreuztaler Erklärung“ „Friedensstifter:innen statt Panzerhaubitzen – den Ukrainekrieg beenden“. Darin werden die Friedensvorschläge aus Italien unterstützt und Papst Franziskus, UN-Generalsekretär Guterres und andere Friedensstifter:innen gebeten, Verhandlungen zu suchen. Der Diözesanverband war auch Mitveranstalter verschiedener Friedenskundgebungen.

Schwerpunkte von pax christi Rottenburg-Stuttgart sind Nahost-Arbeit, Friedensbildung und Freiwilligendienste (Freiwilligenstelle in Betlehem/Jerusalem und geplant in Neve Shalom/Wahat-al-Salam).



Die Broschüre „Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen“. St. Martin: Mantelteiler. Kriegsdienstverweigerer. Friedensstifter ist beim Diözesanverband erhältlich, u. a. als kostenloser Download.

rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Kommission Nahost im Profil



Foto: qupferrot — Eva Begegnung & Fabian Wilczek

Ziel der Kommissionsarbeit ist ein gerechter Frieden in Nahost mit dem Fokus auf den Konflikt zwischen Palästina und Israel. Vor dem Hintergrund der ungeteilten Solidarität, der gleichgewichtigen Berücksichtigung der Rechte des israelischen wie des palästinensischen Volkes, fordert sie die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten und ein Ende der politischen Doppelstandards im Umgang mit dem Konflikt.

Dies geschieht praktisch durch aktuelle Stellungnahmen und Aktionen, politische Advocacy-Arbeit, Publikationen, Seminare, Vorträge und Reisen. Für die Sektion übernimmt die Kommission die Mitarbeit am Ökumenischen Friedensdienst in Palästina und Israel (EAPPI) und im Deutschen Koordinationskreis Palästina Israel (KoPI) für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden. Durch die Zusammenarbeit mit Pax Christi international (PCI) ist die Kommission mit der Arbeit von pax christi in anderen Ländern verbunden.

Die Kommission Nahost setzt sich ein für

- die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrecht
- ein Ende der Besatzung und der Siedlungsaktivitäten
- gewaltfreie Konfliktlösungen
- die israelisch-palästinensische Verständigung
- die christlichen Geschwister im Heiligen Land, dass ihre Stimme in Deutschland Gehör findet.

In der Advocacy-Arbeit stößt sie bei den Gesprächspartner:innen in Berlin mit ihren Anregungen, Vorschlägen und Forderungen in der Regel auf großes Interesse, aber es fehlt an politischem Willen zu handeln. Bewährt hat sich das gemeinsame Auftreten zusammen mit einer israelischen und einer palästinensischen Stimme, was die Gesprächspartner:innen auch angesichts der sehr intensiven Lobbyarbeit der israelischen Regierung positiv aufnehmen.

Die Kommission hat sich im Februar 2022 der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „KeinHandelMitSiedlungen“ angeschlossen, die deutsche Sektion gehört seitdem zu deren offiziellen Unterstützer:innen. In der EBI arbeiten europaweit zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich der Menschenrechte, Umwelt und der sozialen Gerechtigkeit, Gewerkschaften und Politiker:innen zusammen.

Das Leitmotiv für die Kommission stammt vom em. Patriarchen des Lat. Patriarchats Jerusalem, Michel Sabbah: „Gott hat Juden, Christen und Muslime auf diesem Heiligen Land zusammengebracht. Keine menschliche Macht kann dies ändern. Ihr Schicksal ist es, zusammenzuleben.“



Für die Arbeit der Gruppen und Diözesanverbände stellt die Kommission aktuelle Faktenblätter zur Verfügung:

- *Palästinensische Kinder und Jugendliche in israelischer Militärhaft*
- *Die Siedlungsökonomie und was bedeuten die israelischen Siedlungen für die palästinensische Wirtschaft?*
- *Israelische Siedlungen in besetzten palästinensischen Gebieten*
- *Was sagt das Völkerrecht zu den israelischen Siedlungen?*

paxchristi.de/s/downloads



Jeder kleine Friedensbeitrag verändert

Bischof Peter Kohlgraf

Der Krieg in der Ukraine ist wirklich eine Zeitenwende. Das merken wir auch an einer veränderten Denkweise und Rhetorik. Selbst politisch Verantwortliche, die für eine pazifistische Agenda standen, verwandeln sich in kurzer Zeit in Experten für Waffensysteme und Befürworter von Waffenlieferungen. Ich habe in vielen Gesprächen wahrgenommen: Eine Haltung, die dem ukrainischen Volk einen friedlichen Widerstand vorschreiben will, wird als – freundlich gesagt – problematisch gesehen. Dennoch mehren sich wieder die Stimmen, die einer pazifistischen Haltung wieder mehr Bedeutung einräumen. Im Moment geht es sicher um die Verteidigung gegen unerträgliche Kriegsverbrechen in diesem Angriffskrieg. Den betroffenen Menschen gebührt unsere ganze Solidarität und Unterstützung. Dennoch: Welche Weltordnung wollen wir nach diesem Krieg gestalten?

Hier helfen uns die biblischen Friedensvisionen weiter, die in den Weihnachtsgottesdiensten immer wieder vorkommen. Sie sind keine weltfremde Verdrängung der Wirklichkeit. Schwerter sollen zu Pflugscharen werden, die dröhnenden Schritte der Soldatenstiefel ein Ende finden; Wolf und Lamm bilden eine Gemeinschaft. Vordergründig ist dies eine naive Weltsicht. Aber was wäre, wenn Friedensvisionen ganz verschwinden würden? Der niederländische Theologe Huub Oosterhuis schreibt darüber, und er versteht die Bibel als ein Buch „unerbittlicher Hoffnung“. Gott selbst steht auf Seiten der Opfer von Gewalt und gegen die Täter des Krieges. Er macht sich den Frieden zu seinem Anliegen. Gott selbst stellt

die Frage nach Recht und Gerechtigkeit, nach der Würde jedes einzelnen Menschen. Er selbst macht sich zum Anwalt des Menschen, der namenlos unter den vielen Toten von Gewalt und Krieg verbleibt. Gerade die Prophetentexte formulieren die Vision einer unerbittlichen Hoffnung. „Diese Vision“, so Huub Oosterhuis, „umspannt die ganze Weltpolitik, alle denkbaren Kriege und auch die zutiefst persönliche Aussöhnung von zwei Menschen miteinander. (...) Diese Vision ist von so großer Schönheit, weil sie viel mehr umfasst als nur dein eigenes Glück allein. (...) Sie ist jung wie der morgige Tag und alle Tage neu.“

Ohne Hoffnung würde unsere Welt zur Hölle. Ich will als Christ für die Hoffnung auf Frieden werben, weil nur die Hoffnung dazu motiviert, sich weiter für den Frieden einzusetzen. Frieden braucht Friedensarbeiter, denn von selbst kommt er nicht. An die politisch Verantwortlichen appelliere ich: Bei aller Unterstützung im Verteidigungsfall, gewöhnen wir uns nicht zu sehr an Gewalt rhetorik! An alle ergeht die Bitte: Kein einziges Bemühen um Frieden geht verloren! Lassen wir uns nicht entmutigen in den Wirklichkeiten dieser oft brutalen Welt. Jeder kleine Friedensbeitrag verändert. Dazu Gottes Segen und ein Dank an alle Gestalterinnen und Gestalter des Friedens.

Bischof Peter Kohlgraf ist pax christi-Präsident und Bischof von Mainz.

Gewaltlosigkeit als Politikstil für den Frieden

Dafür machen wir Aktionen wie am 2. Oktober, dem Geburtstag von Gandhi, den die Vereinten Nationen zum Tag der Gewaltfreiheit erklärt haben

In diesem Zeitalter der Wunder wird niemand behaupten, dass eine Sache oder eine Idee nur deshalb wertlos sei, weil sie neu ist. Zu sagen, es ist unmöglich, nur weil es schwierig ist, entspricht auch nicht dem Zeitgeist. Dinge, von denen wir nicht zu träumen gewagt hätten, sehen wir täglich, das Unmögliche wird ständig möglich.

Wir bestaunen die unglaublichsten Entdeckungen auf dem Gebiet der Gewalt. Aber ich behaupte, dass uns noch viel mehr ungeahnte und scheinbar unmögliche Entdeckungen auf dem Gebiet der Gewaltfreiheit bevorstehen.

Mahatma Gandhi



Foto: Annette Rausch

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e. V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden